

Umweltschutz oder Arbeitsplätze?

Das Argument, Umweltschutz koste Arbeitsplätze, ist so alt wie die Umwelt-Bewegung selbst. Gerade wird die alte Leier wieder benutzt, um einen Keil zwischen die Bewegung gegen das Murkraftwerk und die „arbeitende Bevölkerung“ zu treiben. Was dran ist an dem Argument und welche Verantwortung Gewerkschaften dabei haben,

Seite 2

Sri Lanka: Neuer Bürgerkrieg?

Die aktuelle Regierung unter Ranil in Sri Lanka setzt auf neoliberalen Kürzungen. Die reaktionäre Opposition um Rajapaksa setzt auf kommunalistische Hetze und riskiert so einen neuen Bürgerkrieg. Siritunga Jayasuriya von der United Socialist Party aus Sri Lanka berichtet über die aktuelle Lage sowie sozialistische Antworten.

Seite 12

Schwerpunkt

Weltweit gibt es eine Reihe von Frauenprotesten. Wir brauchen einen Feminismus der 99%, der ein Programm hat und aus den Erfahrungen der bisherigen Frauenbewegung gelernt hat.

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP) Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solopreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 256 | 03.17

Uns reicht's: Frauen, leistet Widerstand!

Bundeskanzler Kern präsentiert sich gern als Vorreiter für Frauenrechte. Aber das Regierungsprogramm ist ein Angriff auf Frauen – zumindest auf jene, die keine Managerinnen sind. Die Verlängerung der maximalen Arbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen treffen Frauen v.a. wegen fehlender Kinderbetreuung. Senkung der Lohnnebenkosten trifft Frauen, weil sie weniger Geld für Pflege und Bildung bedarf. Die Angriffe auf MigrantInnen treffen Frauen, denen Bekleidungsvor-

Regierung, leistbare Wohnungen zu schaffen trifft Frauen besonders, weil Frauen weniger verdienen und so abhängiger von einem Partner sind.

Ein Mindestlohn von 1.500 wäre zweifellos für viele Frauen eine Verbesserung. Doch eine Regelung, die von Regierung oder „Sozialpartnern“ ausverhandelt wird, wird viele Fallstricke haben. Eine echte Verbesserung müssen wir erkämpfen. Fast zynisch mutet eine Aussendung von Familienministerin Karin am an, die Arbeitszeitflexibilisierung als „Chance für Familienfreundlich-



Arbeitszeitflexibilisierung und Kürzungen treffen Frauen doppelt und dreifach! Wir sind viele – und wütend!

schriften gemacht werden. Die Lockerung des Kündigungsschutzes für über 50-jährige trifft Frauen, die schon ab 35 als „alt“ gelten. Das Versäumen der

keit“ und als Erleichterung (!) in der Vereinbarkeit von Familie und Job anpreist und auf Home-Office-Lösungen setzt. Wenn schon, dann brauchen Frauen ei-

ne Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn.

Es ist Zeit, dass wir aufstehen und gegen diese Angriffe kämpfen! Auch die Proteste bei KV-Verhandlungen in den letzten Monaten betreffen stark Frauenbranchen. Sowohl im Werbe-KV als auch im Sozialbereich arbeiten viele Frauen. Gerade wenn es in solchen Branchen gelingt, höhere Abschlüsse zu erkämpfen, stärkt das die

Ausgangssituation und Unabhängigkeit von Frauen.

Wir brauchen eine Bewegung, die die Lohnkämpfe mit dem Kampf gegen Angriffe der Regierung verbindet. Wir brauchen eine Gewerkschaft, die solche Kämpfe organisiert, anstatt sie zu bremsen. Und wir brauchen eine neue Partei links von SPÖ und Grünen, die eine solche Bewegung aktiv unterstützt!

Laura Rafetseder

Die SLP fordert:

- Höhere Löhne erkämpfen: 1.700,- Mindestlohn
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn statt Arbeitszeitflexibilisierung!
- Ausreichend kostenlose und gute Kinderbetreuung!
- Mieten runter – Spekulanten enteignen!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Sebastian Kurz ist der Hoffnungsträger der ÖVP. Seine Beliebtheitswerte lassen die meisten PolitikerInnen vor Neid erblasen. Er gibt sich smart, bescheiden und kompetent. Er stellt neben Strache und Kern den dritten Vertreter eines Politikertyps, der populistisch agiert und viel Wert auf die (Eigen)Präsentation legt. Kurz wechselt zwischen „liberal“ und „hart“ hin und her, je nachdem was die besseren Umfragewerte bringt. Er setzt FPÖ-Politik um bzw. prescht gleich mit eigenen, rassistischen Vorstößen vor und liefert sich so in der Regierung mit Sobotka und Doskozil ein Rennen um den Platz des schärfsten Rassisten. Der jüngste Vorstoß, die Kinderbeihilfe für im Ausland lebende Kinder zu kürzen, zeigt, dass er Rassismus mit Sozialabbau verbindet. Dass Kurz kein Hindernis für schwarzblau oder auch blau-schwarz wäre, ist bekannt. Ob Kurz bei der nächsten Wahl für die ÖVP den

Leider kein Kurzes Vergnügen

Spitzenkandidaten macht oder sich für eine andere Wahl aufhebt, ist noch offen. Doch dass er uns noch weiter erhalten bleiben wird, ist zu befürchten. Seine hohen Beliebtheitswerte sind weniger Unterstützung für ihn oder seine Politik, sondern eher Ausdruck für die Ablehnung der anderen PolitikerInnen und die Hoffnung, dass es ein Junger anders macht. Und das Ergebnis einer ganz bewussten Strategie, mit der er, mit tatkräftiger Medienunterstützung, als Antwort auf die Krise der bürgerlichen Demokratie aufgebaut wurde. Doch Sebastian Kurz gehört inzwischen längst zu den „alten Hasen“. Er ist einer der längstdienenden Minister der aktuellen Bundesregierung und tatsächlich nur „more of the same“. Auch Grassner hat sich einst mit flottem Auftreten als „anders“ inszeniert und sich dann rasch als nur ein weiterer korrupter Politiker herausgestellt, der ausschließlich im Sinne der Reichen und Mächtigen agiert. Und für dieselbe Politik steht auch Kurz.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

„Bio-Kapitalismus“ kann sich die Umwelt nicht leisten

Wenn die ÖVP, wie in Graz, plötzlich ihre Ader für Umweltschutz entdeckt, sollten wir stutzig werden. Tatsächlich hat aber ein wesentlicher Teil der Herrschenden das Thema Umweltschutz längst als profitabel erkannt. Für sie sind Solaranlagen oder Bio-Produkte letztlich nur ein weiterer Markt, der sogar mit öffentlichen Förderungen versorgt wird und sich bestens zur Image Pflege eignet. Der Verbund zum Beispiel wirbt mit

Bildern von Windenergie & Co, bezieht die Energie aber trotzdem aus Kohle- und Atomkraftwerken. Die Anbauflächen für „Biodiesel“ zerstören die Regenwälder... Wenn Bio ein Geschäft bleibt, hat die Umwelt wenig davon. Es braucht einen gesellschaftlichen Plan für die Wirtschaft, wo es nicht um Profit-Interessen geht, wenn wir die massiven Umweltprobleme der Erde in den Griff bekommen wollen.



Umweltschutz oder Arbeitsplätze?

Als 1984 die Hainburger Au besetzt wurde, um sie vor der Zerstörung durch ein Großkraftwerk zu schützen, war es ausgerech-

gen die 3. Piste am Flughafen Wien wird versucht, die Interessen von ArbeiterInnen gegen Umweltschutz auszuspielen.

Statt nur Kurzfrist-Jobs auf der Baustelle könnten so stabile Arbeitsplätze geschaffen werden.

Umweltschutz ist kein „Luxusthema“ für Wohlhabende, weil gerade ArbeiterInnen unter der Zerstörung der Umwelt besonders leiden - das Kleingeld zum Umziehen fehlt. Jobs werden durch den Kapitalismus und seine Krise vernichtet, nicht durch Umweltschutz. Solche Megaprojekte werden gebaut, um Wenige reicher zu machen, nicht um einigen Arbeitsplätzen zu verschaffen oder Allen grüne Energie. Daran wird sich nichts ändern, solange Umweltschutz und die Bedürfnisse der Bevölkerung den Profitinteresse untergeordnet werden.

Tilman M. Ruster

Umweltschutz und die Interessen von ArbeiterInnen gehören zusammen!

net die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH), die am aggressivsten gegen die „Ökos“ auftrat. Mit dem Argument Jobs zu sichern, wollte Landeschef Josef Hesoun (SPÖ) sogar GBH-Mitglieder auf die BesetzerInnen hetzen. Die AktivistInnen verhinderten den Bau, aber sind sie schuld an steigender Arbeitslosigkeit? Auch bei den Protesten gegen das Murkraftwerk und ge-

Das Murkraftwerk ist überdurchschnittlich teuer und der ökologische Schaden steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Das Geld könnte sinnvoller investiert und dabei mehr Jobs geschaffen werden. Konkret müssten z.B. die Öffis in Graz ausgebaut oder mehr Parkanlagen gegen die hohe Feinstaub-Belastung gebaut und unterhalten werden.



Gewerkschaften: Heute schon die Kämpfe von morgen führen!

Die Gewerkschaft Vida hält die 3. Piste am Flughafen Wien für einen „Jobmotor“. Gewerkschaft und Arbeiterkammer haben 2016 gemeinsam mit Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer die Erklärung „Ja zum Mur Strom Graz“ unterschrieben, denn es würde „Arbeitsplätze schaffen“. Dabei kann das Kraftwerk auch für ihre Mitglieder zum Problem werden: Bis 2050 soll es weitere 47 Millionen € Kosten verursachen,

die nur zu gerne über Arbeitsplatz-Abbau und Verschlechterungen für Beschäftigte rein geholt werden. Das ist Konzern-Alltag im Kapitalismus. Mit der Gewerkschaft ließe sich das Kraftwerk verhindern und sinnvoller erkämpfen. Auch wäre es viel schwerer, den Protest als weltfremde Spinnerei von Studis abzutun. Und wenn Bagger nicht blockiert, sondern bestreikt werden, ist die Gewalt der Polizei machtlos.



Terrorgefahr in Österreich?

Ende Jänner wurde in Wien Favoriten ein 18-jähriger Terrorverdächtiger festgenommen. Die Meldung ging durch alle Medien, haben

Tatsächlich zeigt die Erfahrung in anderen Staaten in den vergangenen Jahren, dass mehr Überwachung nichts gegen Terrorismus

steigen und in eine Menschenmenge rasen.

Maßnahmen wie Überwachung, Grenzkontrollen

rutschten in die Drogen- und Kleinkriminalität ab, lang bevor sie mit terroristischen Gruppen in Verbindung kamen. Kriminalisierung in Verbindung mit vielfacher rassistischer Diskriminierung und sozialen Problemen sind der tödliche Cocktail, der Terrorismus erzeugt. Wer Terror verhindern will, muss ins Sozial- und Bildungswesen und in Jobs Geld stecken, anstatt in Videokameras und Polizei! Das gilt umso mehr, als dass diese Repressions- und Überwachungsmaßnahmen demokratische Errungenschaften beschneiden. Und so werden dann mit dem Argument „unsere Werte“ in Wirklichkeit „unsere Werte“ abgeschafft.

Manuel Schwaiger

Überwachung verhindert keine Terroranschläge, stattdessen braucht es Geld für Bildung, Soziales und Jobs!

in den vergangenen Jahren doch schon mehrere Anschläge Europa erschüttert. Die Antwort der Politik ließ nicht lange auf sich warten. Im neuen Regierungsprogramm werden weitere Überwachungsmöglichkeiten versprochen. Die Grenzkontrollen sollen verstärkt werden. Zudem spürt wohl jeder, dass die Polizeipräsenz in den letzten Wochen erhöht wurde.

bewirkt. So wurden in Frankreich nach den Anschlägen 2015 die Befugnisse von Polizei und Geheimdienst deutlich erweitert, die Regierung rief sogar den Ausnahmezustand aus und hat ihn seither fünfmal verlängert. Doch wie man bereits im folgenden Jahr tragischerweise feststellen musste, hilft kein Ausnahmezustand gegen Wahnsinnige, die in einen LKW

und Repression gehen am eigentlichen Problem vorbei. Denn die Welle von Terroranschlägen wird weder vom Religionsbekenntnis der TäterInnen verursacht noch von Einwanderung. Blickt man auf die Lebensgeschichte der Attentäter der jüngsten Anschläge, fällt eines auf: Fast alle kamen aus völlig verarmten Schichten, hatten keine Perspektive und

Rechter und kapitalistischer Terror

Streng genommen ist dschihadistischer Terror nur eine Spielart des rechtsextremen Terrorismus. Denn islamistische Fundamentalisten und Rechtsextreme teilen zentrale Werte: Sie lehnen Demokratie ab, bekämpfen Frauenrechte, verherrlichen Gewalt auch gegen Schwächeren, sind antikommunistisch und stellen sich gegen persönliche Freiheiten. Vom rechtsextremen Terror kennt man in Österreich mehr als genug.

In der ersten Hälfte 2016 kam es zu 24 Terroranschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte: u.a. mit Feuerwerkskörpern, Luftdruckgewehren, Buttersäure und Brandstiftung. Bei einem Amoklauf ermordete ein Nazi im selben Jahr zwei Menschen. 2008 wurde bei einem Brandanschlag in Klagenfurt ein Mann ermordet. In den Medien liest man davon meist nichts, wenn überhaupt, werden die Angriffe nicht als Terror bezeichnet.

In den 1960er Jahren blühte der rechte Terror, v.a. aus Burschenschaftskreisen (Bombenanschläge, Schüsse aufs Parlament). In den 90ern ermordete Franz Fuchs vier Roma mit Bomben, die rechtsextreme VAPO trainierte bei Wehrsportübungen. Waffenlager der Rechtsextremen, wie beim „Objekt 21“ gibt es immer wieder. Der Chef der Identitären schießt 2017 in einer U-Bahnstation mit einer Schreckschusspistole.

Letztlich sind die Herrschenden die tatsächlichen Terroristen. Wie viele Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen von langjähriger Überarbeitung oder Armut? Wie viele werden durch Stress am Arbeitsplatz oder in der Ausbildung nachhaltig geschädigt? Wie viele sterben durch Abschiebungen in „sichere“ Drittländer? Der grösste und grausamste Terror ist immer noch der Terror des Kapitalismus.

Der rechte Rand

„Grün“ ist nicht automatisch links. Man muss gar nicht zurückgehen bis zur Umwelt- und Tierschutzgesetzgebung der Nazis. Rechte suchten auch nach 1945 Anschluss an die grüne Bewegung wie August Haußleiter, der auch nach 1945 der CSU zu rechts war und dann bei den Grünen landete. Nicht, dass Umweltanliegen Neigungen nach rechts implizieren würden. Aber sie schließen sich auch nicht aus und sind gelegentlich Ausdruck von nach rechts anschlussfähigen antimodernistischen Vorurteilen, die von einer (ökologisch wie gesellschaftlich) vermeintlich heilen vorindustriellen Welt träumen. In Österreich fand sich der esoterisch-verschwörungstheoretische Zugang u.a. bei den seit den 50er Jahren aktiven ehemaligen SS-Mitgliedern Wilhelm Landig, Rudolf Mund und Erich Halik, deren publizistische Bandbreite von Umwelt- bzw. „Heimatschutz“ bis zu den „Reichsflugscheiben“ reicht. Auch der spätere „Weltbund zum Schutz des Lebens“ (WSL) verband Umweltschutzphrasen mit rechtsextrem Ideologie und war Teil der Proteste gegen das AKW Temelin. Heute loben die Identitären die Schweizer Kampagne gegen „Masseneinwanderung“ dafür, auf eine Verbindung von Zuwanderung und Umweltschäden hingewiesen zu haben. Die FPÖ sagt zwar „Umweltschutz ist Heimat- schutz“, baut aber in der Praxis Umweltschutzmaßnahmen ab. „Ökologie“ ist eben ein weites Feld und hat keinen Klassenstandpunkt an sich. Sie kann rechter Mystizismus sein oder sinnvolle Forderung nach ökologisch verantwortungsvoller Produktion in einer sozialistischen Planwirtschaft.

Fabian Lehr

In deutschen Fastfood-Ketten rumort es aufgrund der aktuellen Lohnverhandlungen. Nachdem die Unternehmensseite nicht über ein Angebot ging, das den Stundenmindestlohn nur um drei Cent überschreitet, gab es am 26.1. erste Warnstreiks in Fastfood-Filialen. Das ist gut. Beteiligt waren neben Beschäftigten von McDonald's, Burger King, Pizza Hut auch welche von Starbucks. Der erste Warnstreik in der Gastronomie seit 1991 ist auch ein Beispiel von internationaler Solidarität. Als bekannt wurde, dass es zu Streiks kommen wird, versuchte Starbucks Deutschland, Streikbrecher-

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

rInnen aus polnischen Filialen anzuwerben. Daraufhin organisierten die linke polnische Partei Razem, die auch in Deutschland eine Gruppe hat, und die Gewerkschaft OZZ Inicjatywa Pracownicza Proteste. Starbucks musste von seinem StreikbrecherInnen-Vorhaben ablassen. Razem hat damit ein schönes Beispiel geliefert, wie politische und gewerkschaftliche Arbeit aussehen muss. Die Organisationen der ArbeiterInnenschaft werden mit einem Schlag unvergleichlich mehr Macht haben, wenn sie ihr nationales Standortdenken abschütteln und beginnen, international im Interesse der Beschäftigten zusammenzuarbeiten. Ein Kampf, der durch Streiks und Proteste aus dem Ausland unterstützt wird, kann mehr Druck aufbauen und ist damit wirkungsvoller. Dann fühlen sich zur Abwechslung mal die Bosse hilflos, wenn sie hier wie dort bekämpft und bestrickt werden!

Thomas Hauer



SWÖ: Verhandeln oder Kämpfen?

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurde aus den Kollektivvertragsverhandlungen im

Die SLP fordert eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden, bei vollem Lohn und Personal-

kutieren und dem Verhandlungsteam einen verbindlichen Auftrag geben. Unterschriftenlisten für den Forderungskatalog machen Druck auf Unternehmen und nehmen die Gewerkschaftsbürokratie in die Pflicht. Auch die „Unfinanzierbarkeit“ muss diskutiert und aufgezeigt werden, wo Geld ist: Nämlich bei den Reichen!

Erste Aktionen gleich zum Verhandlungsstart: Eine bundesweite Demo am ersten Verhandlungstag würde die Ernsthaftigkeit der Gewerkschaften zeigen. Die Verhandlungen sollten transparent (z.B. mit Videostream) stattfinden, um die Scheinheiligkeit und Lügen der UnternehmerInnen aufzudecken. Wenn diese nicht nachgeben, können öffent-

Auch der Sozialbereich braucht dringend eine Arbeitszeitverkürzung – die muss erkämpft werden!

privaten Sozialbereich (SWÖ, früher BAGS) ausgelagert. Ab April wird verhandelt. Die GPA-djp will eine Verkürzung auf 35 Wochenstunden. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Betriebe würden versuchen, die Mini-Verkürzung durch Überstunden und höheren Arbeitsdruck auszugleichen.

ausgleich. Das ist nötig, um hohe Burnout-Raten zu bekämpfen, die Betreuungsqualität zu erhalten/verbessern, sowie Jobs zu schaffen. Eine breite Kampagne, um das zu erreichen könnte so aussehen:

Die Zeit bis zum Verhandlungsstart kann für Betriebsversammlungen genutzt werden, wo KollegInnen Forderungen dis-

liche Betriebsversammlungen in der Arbeitszeit den Druck erhöhen. Streiks müssen ernsthaft vorbereitet, Fragen von Notversorgung geklärt werden.

Wenn nötig, muss auch gestreikt werden – und zwar sichtbar. Z.B. durch Streikdemos in den Landeshauptstädten, mit Bindung von solidarischen KlientInnen/Angehörigen/anderen, als Gegengewicht zur Medienhetze. Angebote der UnternehmerInnenseite sollten per Urabstimmung aller Beschäftigten abgestimmt, Erfolge und Niederlagen ehrlich bilanziert werden. Dann müssen Fehler nicht wiederholt und können neue Kampagnen ernsthaft geplant werden.

Flo Klabacher,
Behindertenbegleiter

Werbe-KV: Kämpfen bringt's!



Am 2.2. demonstrierten 500 KollegInnen gegen die Aufkündigung des Werbe-Kollektivvertrages (dem andere folgen könnten) und für eine Gehaltserhöhung. Die WKÖ will über eine KV-„Modernisierung“ verhandeln und meint damit Verschlechterungen. Aber wir brauchen eine IST-Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn. Die Proteste haben gewirkt und ein Abschluss von 1,3% ist möglich. Aber es muss weiter-

gehende Kampfmaßnahmen geben, wenn die Arbeitgeber weniger bieten. Das ist auch eine bessere Ausgangsbasis für einen KV Neu. Die KollegInnen würden nicht verstehen, wenn es jetzt weniger Geld bzw. Verschlechterungen im KV gäbe. Falsch wäre es, wenn wir aus Angst, die Arbeitgeber zu verschrecken oder vor der Eigendynamik nicht mobilisieren und Verschlechterungen akzeptieren. Am 2.2. war die Stimmung kämpferisch –

darauf gilt es aufzubauen! Ja, es ist schwer, in unserer Branche einen Streik zu organisieren. Aber das ist das einzige, was die Arbeitgeber verstehen – ein Streik ist "old school" und tut ihnen weh. Ein Aktions- und Streiktag würde es allen ermöglichen, sich zu beteiligen – in Form öffentlicher Betriebsversammlungen, Streiks oder nur durch Teilnahme an der Kundgebung.

Irene Mötzl,
Betriebsräatin Wohnservice Wien

Widerstand gegen Murkraftwerk

Seit Wochen schon strömen tausende AktivistInnen regelmäßig auf die Grazer Straßen. Ihre Botschaft ist klar: nein zum Millionen-grab an der Mur. Der Protest dreht sich nicht bloß um die Rettung von Würfelnattern, sondern verdeutlicht einmal mehr, dass Profitinteressen (mind. 80 Millionen sollen von SteuerzahlerInnen bestritten werden, während z.B. für die Wohnbeihilfe kein Geld da ist) im Kapitalismus über den Bedürfnissen der Menschen steht. Ökologisch, ökonomisch und politisch wird der Bau immer mehr zu dem erwarteten Desaster.

Die SLP ist seit Beginn der Proteste eine treibende Kraft. Bei einer gemeinsam mit Aufbruch veranstalteten Diskussion beteiligten sich über 60 AktivistInnen. Die daraufhin initiierten Vollversammlungen motivieren regelmäßig bis zu 100 Menschen zur Teilnahme. So ist es uns gelungen, auch Menschen, welche sich aus unterschiedlichen Gründen (Kinderbetreuung, Arbeit, etc...) nicht an Blockaden oder dem inzwischen seit mehreren Wochen anhaltenden Protestcamp an der Mur beteiligen können oder wollen, eine Möglichkeit zur Aktivität zu geben. SLPlerInnen haben zahlreiche Flyeraktionen organisiert und auch den Vorschlag einer bun-

Moritz C. Erkl

desweiten Demonstration in die Bewegung getragen.

Doch Kundgebungen, Demonstrationen (auch wenn diese an Radikalität gewinnen), die Energie Steiermark mit Anzeigen zu überschütten oder gar der Protestbewegung Geld zu spenden wird nicht ausreichen. Anstatt in „internen Gesprächen“ hinter verschlossenen Türen muss bei den Versammlungen offen und demokratisch über kommende Aktionen und Blockaden diskutiert und abgestimmt werden. Die enorme Solidarität der Grazer Bevölkerung sollte genutzt werden, um die Bewegung größer zu machen. Denn: nur massenhafter ziviler Ungehorsam verbunden mit lautstarkem Widerstand auf der Straße kann den Bau des Kraftwerks stoppen.

Wir müssen aus den Fehlern vergangener Bewegungen wie der Plattform 25 lernen. Durch die Bildung von AnrainerInnen-kommitees, gemeinsam mit der Gewerkschaft, linken Initiativen und der KPÖ, durch Einbeziehung der KollegInnen bei Estag (de- ren Jobs in wenigen Jahren bedroht sein können) und der BauarbeiterInnen an der Mur können wir ei- ne Eskalationsstrategie ent-wickeln, die Nagl und all je- ne, die vom Bau profitieren, in die Knie zwingt.

Moritz C. Erkl



Alle Jahre wieder gegen Rechts!

Und solange es nötig ist, ist die SLP mit einem lautstar-ken und aktiven Block ver- treten. In Graz kamen am 21.1. trotz dem pseudo-lus- tigen Slogan “Was ist das für 1 Ball vong Rechtsex-

ter der Uni zum Stephans- platz. Die von der Boule- vardpresse und Konser- vativen herbeigeschriebe- ne “linksextreme Gewalt” fehlte hier wie auch bei den anderen Demonstrationen.

Aktivist Jan. “Die schwarz- blaue Landesregierung in Oberösterreich nützt die Hetze gegen Flüchtlinge als Vorwand, um dann die Mindestsicherung nicht nur für ebendiese, son-

Jedes Jahr tanzt die FPÖ mit Rechtsextremen und Nazis: In der Wiener Hofburg, wie auch in anderen Bundesländern.

tremismus her” rund 300 Leute zu diesem wichtigen Event. Die SLP war Teil da- von und brachte die soziale Frage als Thema in die De- mo ein. In Graz und Wien sorgten SLP-Demo-Moderatoren für gute - und v.a. politische - Stimmung.

In Wien zogen am 3.2. über 2.000 Menschen friedlich und lautstark von

Die SLP engagierte sich als lauter Teil des noch lauten Aufbruchblocks.

Trotz der vielen Versu- che, die Demonstration in Linz polizeilich (und oh- ne rechtliche Basis) zu ver- bieten, fanden sich am 4.2. auch in Linz über 300 AntifaschistInnen ein. Beson- ders hervor stach der starke Redebeitrag von SLP-

dern auch für alleinerzie- hende Frauen zu kürzen. Das ist rassistische Ablen- kung! Die Kürzungen von SPÖ&Partnern im Sozialbereich sind ebenso ei- ne Gefahr für die Bevölke- rung.” Denn die Regierun- gen, die FPÖ-Programm umsetzen machen genau diese stark!

Jens Knoll

Solidaritätsaktion gegen häusliche Gewalt in Russland

Am 28.1. organisierte die SLP eine Aktion vor der Russischen Botschaft in Wien. Anlass war der internationale Solidaritätstag gegen ein Gesetz, das Strafen für einmalige häusliche Gewalt quasi aufhebt und häusliche Gewalt weiter verharmlost. Aus Russland, u.a. von der SLP-Schwesterorganisation „Sozialisti- sche Alternative“ war zum Aktionstag aufgerufen wor- den. Fast schon nach russi- schen Standards, versuchte uns die Polizei zu be-

hindern, indem sie uns ei- nen Platz fast außerhalb der Sichtweite der Botschaft zuwies. Trotzdem wurden bald unsere Transpa- rente ausgerollt und schon kurz darauf ertönten Reden auf deutsch und russisch. In meiner wies ich auf die Notwendigkeit der Schaf- fung von sicheren Räumen für Frauen und LGBTQI- Jugendliche auf Kosten der Reichen, Oligarchen und der russisch-orthodoxen Kirche hin.

Nikita Tarasov

Termin des Monats



1917 wurde der Kapitalismus erstmals erfolgreich ge- stürzt. 2017 leben wir wieder in einer Welt am Ab- grund. Kapitalismus hat nichts zu bieten außer Kri- se, Krieg, Unterdrückung, Armut und Umweltzerstö- rung – doch überall regt sich Widerstand. Die SLP organisiert eine Serie an Events, um auch über aktuelle Themen und soziale Kämpfe zu diskutieren – in Vöcklabruck, Graz, Linz, Salzburg und Wien. Infos: www.slp.at sowie auf fb/Eine Welt zu gewinnen Melde dich bei uns, wenn auch du in deiner Nähe ein „Eine Welt zu gewinnen“- Event organisieren willst! slp@slp.at



Elitäres Scheitern: Bei den „fuckup nights“ (FUN) werden events rund um die Welt organisiert, in denen UnternehmerInnen ihr Scheitern schildern. Das nächste in Wien am 16. März organisiert A1. Als Locations dienen so bescheidene Orte wie das Palais Eschenbach oder das Looshaus. Alle sind lustig und trinken Bier. Die „Gescheiterten“ haben keine wirklichen, existentiellen Probleme. Eine gescheiterte Unternehmensberaterin, die nun als Managerin in einem Konzern arbeitet, ein Autor, der sein Scheitern darin erblickt, dass er nicht allseits bekannt ist, haben sich u.a. auf der FUN in Innsbruck präsentiert. An großen Un-

Rote Seitenblicke

ternehmen als Sponsoren mangelt es nicht. Bei der eigenen Werbung ist es aus mit der „Kultur des Scheiterns“. Dort muss dann doch grobstabender Unternehmersprech her. Die „speaker“ der fuckupnights sind großteils wieder oder noch UnternehmerInnen oder ManagerInnen. Nach working poor oder Arbeitslosen wird man vergeblich suchen. Die nicht ausdrücklich formulierte Grundaussage: Unternehmer dürften scheitern, während Arbeitslose und NiedriglohnbezieherInnen sich ihres Privatkurses und ihrer Armut schämen müssen; UnternehmerInnen dürfen das, weil sie „Risikos“ eingehen, Arbeitsplätze „schaffen“, gönnerhaft und mutig Unternehmen gründen – anders formuliert: Arme, Arbeitslose sind selber schuld. Die Wahrheit ist: Das Risiko ist voll auf Seiten der Beschäftigten, sie erarbeiten die Profite der Unternehmen, sie werden arbeitslos und arm, wenn es schief geht. Unternehmer können sich lustige events zum Scheitern leisten.

Helga Schröder



Der junge Marx: Geburt der Idee

Der Film erscheint quasi zum hundertsten Jahrestag der Russischen Revolution – dem bis heute überragenden Zeugnis von Marx' These, dass Ideen zu einer

Verbot der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Marx' Auseinandersetzung mit den Junghegelianern, seiner Kritik an den GrundbesitzerInnen, der anschließen-

Beitrag zum Aufbau der ArbeiterInnenbewegung bestritten, sondern sich aktiv im „Bund der Gerechten“ einbrachten. Sie engagierten sich maßgeblich bei

ren Szenen argumentieren sie, wie wichtig auch für die einzelnen Kämpfe die Vision einer anderen Welt ist. Zeitlos wirkt die Szene, in der Marx einen Kapitalisten mit den Satz konfrontiert: „Was sie Profite nennen, nenne ich Ausbeutung.“

Es mussten Jahre um die Filmförderung gekämpft werden. Zehn Jahre wurde recherchiert und so viele Originalzitate aus Schriften und Briefen wie möglich verwendet. Der Film liefert eine gute Grundlage zur gemeinsamen Diskussion, macht Lust, das Kommunistische Manifest zu lesen und sollte Ansporn sein, die gleiche Einstellung wie Mary Burns zu haben, die am Schluss zu Jenny Marx sagt: „Nein, ich will frei sein. Ich will kämpfen!“

Shona Thompson

Am 24. März kommt der Film „Le jeune Karl Marx/Der junge Karl Marx“ auch in Österreich in die Kinos.

materiellen Kraft werden, wenn sie die Massen ergreifen.

Der Regisseur Raoul Peck legt den Fokus auf 1843–48 – als Deutschland, England, Frankreich und weitere Länder Europas von Industrialisierung, Verstädterung und dem Wachstum der ArbeiterInnenklasse gekennzeichnet waren. Die Anfangsszenen handeln vom

den Flucht nach Paris und dem dortigen Zusammentreffen mit Friedrich Engels. Der Film zeichnet nach, wie sie die Grundpfeiler des wissenschaftlichen Sozialismus (dialektischer und historischer Materialismus sowie die politische Ökonomie) entwickeln.

Es wird aufgezeigt, dass Marx und Engels sich nicht auf einen theoretischen

der Gründung der I. Internationale 1864 sowie Engels, nach Marx' Tod 1883, bei der Gründung der II. Internationale 1889.

Im Unterschied zu anderen oppositionellen Kräften traten Marx und Engels für eine grundlegende Umwälzung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse und für eine sozialistische Gesellschaft ein. In mehreren

Konkurrenzkämpfe bei der FIFA

Ab 2026 soll die Fußballweltmeisterschaft der Männer von bisher 32 teilnehmenden Teams auf 48 aufgestockt werden. Ein Kommentar auf der Homepage sportschau.de benennt die Motivation dahinter: „Um 600 Millionen Euro werden die Einnahmen der FIFA steigen, es geht ums Marketing, und die Sponsoren reiben sich die Hände. Wer das Profitgier nennt, der vergisst, dass die FIFA ein Wirtschaftsunternehmen ist, das auch so handelt und denkt.“

Tatsächlich gab es gegen diese Entscheidung des Fußballweltverbandes FIFA viel Protest. Er kam vor allem von den europäischen Fußballverbänden. Die reichsten Fußballclubs Europas, darunter Bayern München, geißeln plötzlich die Profitgier der FIFA. Sind deren Manager jetzt AntikapitalistInnen geworden?

Die Antwort heißt nein. Ihnen geht es um Marktanteile, die sie durch die verstärkte WM-Teilnah-

me aus lateinamerikanischen oder afrikanischen Ländern gefährdet sehen. Ihr Protest ist Heuchelei. Doch der Kommerz nimmt nun ein neues Ausmaß an. Auch die afrikanischen und lateinamerikanischen Fans haben davon nichts. Die überteuerten Eintrittspreise sind für die meisten unerreichbar. Damit es in der Weltmeisterschaft gerecht zugeht, muss das Profitinteresse entfernt werden.

Christian Bunke



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Pussies fight back!

In den letzten paar Monaten hat sich bei der Situation von Frauen international viel getan. Wenn ich mich am Abend mit Freundinnen oder Arbeitskolleginnen treffe, geht es in unseren Gesprächen inzwischen nicht mehr darum, was für Konzerte in nächster Zeit sind oder wer grad was gemacht hat. Unsere Gespräche sind dominiert von Diskussionen über die aktuelle Lage von Frauenrechten im In- und Ausland.

Wir sind wütend, denn wir wissen: wenn es zu weiteren Kürzungen im Sozial- und Gesundheits-

Dass darüber viele Frauen wütend sind, ist klar. Viele haben Angst, was da jetzt auf uns zu kommt. Beim "Womens March on Washington" sind weltweit bei 673 Demonstrationen geschätzte fünf Millionen Frauen, Kinder und auch Männer auf die Straße gegangen. Ein machtvoller Schritt in Richtung Widerstand. Wir dürfen nur nicht dabei stehen bleiben! Doch nicht nur in den USA gibt es Wut und Proteste. In Russland beschloss Putins Partei ein Gesetz, welches Gewalt in der Ehe verharmlost und weitgehend straffrei macht. Zu

Kirche und Konservative diese Rechte wieder zu nehmen. In Polen konnte durch eine riesige Kampagne das Totalverbot der Abtreibung verhindert werden, doch nun versucht die Regierung, den Zugang zur „Pille danach“ drastisch einzuschränken. In Irland kämpfen Frauen nun schon seit einer gefühlten Ewigkeit darum, dass Schwangerschaftsabbruch legalisiert wird. Dieser Kampf hat inzwischen eine so große Popularität bekommen, dass ich immer wieder gefragt werde, was da genau los ist und "wie bescheuert

der Kollektivverträge im Sozialbereich, der nicht einmal an die Inflationsgrenze herankommt, führt zu angefressenen Gesichtern. Eine Kollegin hat eine Erklärung dafür: "Der Sozialbereich ist traditionell ein Frauenarbeitsbereich. Wir werden immer schon zu schlecht für unsere Arbeit bezahlt. Dass mit Menschen auf die Toilette zu gehen keine anstrengende Arbeit ist, kann auch nur wem einfallen, der das noch nie gemacht hat. Eigentlich sollten wir streiken und demonstrieren!" In der Charité, einem riesigen Krankenhaus

fen Kürzungen in diesem Bereich am meisten? Ja: Frauen! Wer muss die zusätzliche Arbeit übernehmen, die durch Kürzungen eingespart wird? Du sagst es: Frauen.

Also was dagegen tun? Zu Hause sitzen und sich in die guten alten 70er Jahre zurückwünschen, wo es in manchen Ländern bezüglich grundlegendster Frauenrechte tatsächlich Verbesserung gab? Nein, nicht mit uns! Bettina Wegner hat schon gesungen "Weine nicht sondern schrei!" Wir bleiben nicht dabei, uns einmal eine nette rosa Haube zu stricken und dann einmal demonstrieren zu gehen. Wir stehen auf und sagen: So kann es nicht weitergehen. Wir kämpfen täglich für unsere Rechte, nicht nur einmal oder zweimal im Jahr. Wir kämpfen vor und nach dem 8. März für unsere Rechte und nicht nur in Österreich, sondern international. Wir beschränken den Kampf nicht nur auf "typische Frauenthemen", sondern machen alle Themen zu „Frauenthemen“ - denn gemeinsam sind wir stärker! Wir beteiligen uns an Protesten. Wir initiieren Proteste. Wir kämpfen!

Sarah Krenn

Weltweit wehren sich Frauen dagegen, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht werden soll.

bereich kommt, dann sind wir diejenigen, die zuhause neben einem mies bezahlten Vollzeitjob noch die Angehörigen pflegen. Trump mit seiner Aussage „grab them by the pussy“ („Pack sie bei der Muschi“) und seinem insgesamt sexistischen Verhalten ist zwar als US-Präsident der mächtigste Mann der Welt, aber in seinem Sexismus keineswegs allein.

recht gab es trotz de facto Demonstrationsverbot in Russland, aber z.B. auch in Österreich, Proteste dagegen. Denn wir dürfen uns lange und hart erkämpfte Frauenrechte nicht wieder wegnehmen lassen! Wir haben weit über 100 Jahre für die Selbstbestimmung über unseren eigenen Körper gekämpft und doch versuchen uns

ist denn die Regierung in Irland eigentlich?

Auch in Österreich ist die Situation nicht das Gelbe vom Ei. Zwar gibt es Zugang zu Schwangerschaftsabbruch, doch nur an insgesamt 17 Stellen und außerdem teuer. Und auch auf allen anderen Ebenen sind Frauenrechte unter Beschuss. In den Diskussionen, die wir führen, herrscht viel Wut. Der unglaublich miese Abschluss

in Berlin, wurde gestreikt und dieses Beispiel zeigt, was geht! Auch in Österreich können und müssen wir uns aufraffen und im Sozial- und Gesundheitsbereich streiken.

Bei jungen und älteren Frauen ist die Stimmung: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen! Bei sozialen Bewegungen wie z.B. im Gesundheitswesen sind Frauen an der Spitze des Protestes. Denn wen tref-

Einfach zugängliche Scheidung:

Russland 1917 Italien 1970 Irland 1995 Malta 2011

Gleichstellung unehelicher Kinder:

Russland 1918 Europäisches Übereinkommen über die Rechtsstellung unehelicher Kinder 1975

Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (heute noch in 46 Staaten illegal)

Russland 1920 Deutschland 1974 Österreich 1975
1900 2017

Grafik: AS / (c) SLP 2017

Frauen in Protesten

- In Island protestierten tausende Frauen gegen den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen. Sie verließen ihren Arbeitsplatz am 24. Oktober 2016 um 14 Uhr 38 – dem Zeitpunkt, ab dem sie gratis arbeiten.
- Lateinamerikas „Feministischer Herbst“ führte zu Protesten von hunderttausenden Frauen gegen Kürzungs- politik, Korruption und arbeiterInnenfeindlichen „Reformen“.
- Die von Argentinien ausgehende Bewegung „Nicht eine Frau weniger“ gewann 2016 an Stärke. Zehntausende Frauen, Männer und Kinder protestierten in Argentinien, 150.000 in Peru gegen Übergriffe und Femizide (Tötung von Frauen, weil sie Frauen sind).
- Die Pflege im Berliner Großkrankenhaus Charité, wo rund 2/3% der Beschäftigten Frauen sind, konnte durch Kampagne und Streik gemeinsam mit solidarischen PatientInnen und BerlinerInnen spürbare Verbesserungen wie Kollektivvertrag und verbesserten Personalschlüssel erkämpfen.
- Seit einem Mord am 17.05.16 geht in Südkorea unter v.a. jungen Frauen die Wut hoch über Gewalt und sexuelle Belästigung. Im November waren dann viele dieser Aktivistinnen

wohl auch bei den Massenprotesten gegen das Regime dabei.

- In Mexiko protestierten zehntausende LehrerInnen gegen eine geplante Bildungsreform. Trotz massiver Repression und Entlassungen der Streikenden ließen sie sich nicht einschüchtern.
- Mehrere Millionen SudanesInnen beteiligten sich Ende November 2016 an einem Generalstreik gegen IWF-Forderungen und drohende Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln. An der Organisation und Mobilisierung beteiligten sich führend zahlreiche Frauen.

- Im Juni 2016 beteiligten sich hunderte weibliche Gesundheitsbeschäftigte in Pakistan an Protesten. Sie forderten die Auszahlung ihrer für mehrere Monate ausstehenden Löhne. Weiters richteten sich die Proteste gegen sexuelle Übergriffe auf Arbeiterinnen.

- Tausende Studierende, darunter zahlreiche Frauen, protestierten 2016 in Südafrika gegen Outsourcing, hohe Studiengebühren und patriarchale Strukturen an den Unis. An der Organisation und Durchführung dieser Proteste, die massiver Repression ausgesetzt waren, beteiligten sich zahlreiche Frauen maßgeblich.

Moritz Bauer

Für einen Feminismus der 99%!

Der 8. März 2017 wird mehr und kämpferische Frauenproteste sehen als seit Jahren. Sogar zu einem „Frauenstreik“ wird international aufgerufen. Ein Feminismus der 99% braucht ein Programm und muss aus den Erfahrungen der bishe-

er Zugang zum Arbeitsmarkt, ein Mindestlohn von 1.700 sowie kostenlose Verhütung, Abtreibung sowie Kinderbetreuung sind im Gegensatz zu einem Kopftuchverbot Forderungen, die wirklich einen Fortschritt für Frauen darstellen würden!

Jede Frauenbewegung, ihre Forderungen und Methoden drücken das gesellschaftliche Bewusstsein aus.

rigen Frauenbewegung lernen.

Wir lassen uns das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper nicht nehmen!

Bekleidungsvorschriften, Abtreibungsverbote und Magerwahn zeigen, dass der weibliche Körper immer noch nicht der jeweiligen Besitzerin allein „gehört“. Die Angriffe auf mühsam Erkämpftes stehen bei vielen Frauen am Anfang ihrer Politisierung. Die Frauenbewegung in den 1960er/70er Jahren hat aufgezeigt, dass auch das Private politisch ist. Das alte „mein Bauch gehört mir“ wird angesichts der rassistischen Hetze gegen Muslimas um ein „mein Kopf gehört mir“ ergänzt. Das Kopftuch ist kein Symbol des Fortschritts. Doch ein aufgezwungenes Kopftuchverbot schadet der Frauenbefreiung! Wieder wird über den Kopf der Trägerin bestimmt, was für sie das Beste ist. Frauenbefreiung ist auch 2017 v.a. eine soziale Frage: frei-

Wohnen, Jobs und Soziales sind Frauenthemen!

Heute sieht eine ganze Generation wie versucht wird, durch die Hintertür der sozialen Kürzungsmaßnahmen ein konservatives Frauenbild durchzusetzen. Diese Generation geht auf die Barrikaden. JungärztInnen in Britannien, Pflegepersonal in Deutschland, SozialarbeiterInnen in Österreich, LehrerInnen in den USA. Ein großer Teil davon und oft an der Spitze sind Frauen.

Letztlich gibt es keine reine „Frauenbewegung“, weil es keine reinen „Frauenthemen“ sind. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur die Tat eines einzelnen Täters, sondern wird erzeugt und ergänzt um die Gewalt, die durch das kapitalistische System erzeugt wird. Abtreibung oder Verhütung sind soziale Fragen, da der Zugang zu beidem v.a. eine Geldfrage ist. Vergewaltigung wird als Asylgrund häufig nicht anerkannt. Frauen müssen

bei gewalttätigen Partnern bleiben, weil es zu wenig Frauenhäuser gibt und Wohnen teuer ist. Es sind also keine individuellen, sondern gesellschaftliche Probleme. Beim Kampf um das Frauenwahlrecht im 19. und 20. Jahrhundert ging es den bürgerlichen Teilen der Bewegung v.a. um das Wahlrecht an sich, während die SozialistInnen für demokratische UND soziale Rechte kämpften. Die Sozialistin Clara Zetkin trat schon 1899 für die „freie Berufstätigkeit ..(als) Grundlage für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau“ ein.

Wir geben uns nicht mehr mit Symbolen zufrieden!

„Für Frauenrechte“ ist fast jedeR, v.a. VertreterInnen von SPÖ und Grünen. Doch in Landtagen und Parlamenten stimmen sie für Kürzungen, die Frauen besonders hart treffen. Ob das entsprechende Gesetz in den Formulierungen „-Innen“ schreibt, ist für die negativen Folgen herzlich egal.

Auch in Teilen der Linken wurde auf Symbolik statt echte Veränderung gesetzt. In der 68er Bewegung klafften v.a. in der stalinistischen/maoistischen Linken Anspruch und Wirklichkeit stark auseinander. In ewigen Plenas debattierten v.a. Männer über die Befreiung der kolonialen Völker, während „ihre“ Frauen Hausarbeit und Kindererziehung zu erledigen hatten. Freie Liebe wurde propagiert und gelebt, die Risiken trugen aber wei-



terhin Frauen. Die Bevormundung der stalinistischen Linken gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen (wie z.B. der französischen KP bezüglich Vietnam) oder gegenüber MigrantInnen (durch eine Überbetonung der „eigenen“ Nation) setzte sich gegenüber Frauen fort (Frauenunterdrückung wurde als „Nebenwiderspruch“ verharmlost – ein Begriff, den es im Marxismus nicht gibt). Die berechtigte Wut darüber führte zur Organisierung von Frauen in eigenen, separaten Organisationen. Auf der theoretischen Ebene wurde als Gegenreaktion auf stalinistische sowie bürgerliche Verharmlosung Frauenunterdrückung als eigenständige Unterdrückung „entdeckt“.

Der Mainstream im Feminismus folgte dem gesellschaftlichen Mainstream, der sich seit den 1980er/90er Jahren in der Postmoderne in eine Individualisierung von Ursachen und Lösungen verwickelt. Das ist nichts anderes als „jeder ist seines/ihres Glücks eigener Schmied“. Seinen bisherigen Höhepunkt erreichte das mit den „Identity Politics“ und dem Aufruf, die jeweils eigenen „Privilegien“ zu checken. Hier wird zwar korrekterweise beim jeweiligen persönlichen Erleben und Erleiden angesetzt. Doch dabei bleibt man dann auch schon stecken, da gesellschaftliche Verantwortungen und insbesondere Klassenzusammenhänge bestenfalls hintangestellt

oder ganz ignoriert werden.

Auch wenn sozialistische Feministinnen versuchten, die organische Verbindung von Klassen- gesellschaft und Frauen- unterdrückung stärker ins Bewusstsein zu rücken, so dominierten vor dem Hintergrund der Schwäche der Linken ab den 1980er Jahren (klein)bürgerliche Zugänge, die den Kampf um Frauenbefreiung vom Kampf gegen den Kapitalismus zu trennen versuchten. Das Ergebnis ist der Versuch, Verbesserungen für Frauen v.a. auch auf der sozialen Ebene durch symbolische Verbesserungen zu ersetzen. Doch immer mehr Frauen pfeifen auf diese Symbole und wollen Taten sehen.

Lasst uns kämpfen statt bitten!

International und auch in Österreich gab und gibt es unzählige Unterschriftenlisten, Petitionen und sogar Gesetze, die die Gleichstellung von Frauen fordern. 1997 fand in Österreich das Frauenvolksbegehen mit prominenter Unterstützung statt. 644.665 Menschen haben unterschrieben, davon ca. ¾ Frauen. Doch bis heute ist keine der Forderungen wirklich umgesetzt!

Unterschriftenlisten etc. können Ergänzung, aber nicht Ersatz für Massenmobilisierungen und Massenproteste sein. Schon der Kampf um das Frauenwahlrecht wurde nicht durch Überzeugungsarbeit bei den Herrschenden gewonnen. Vor allem wa-

ren es Massenbewegungen wie die revolutionäre Welle in Europa nach der russischen Revolution.

Wenn heute zum „Frauenstreik“ aufgefordert wird, zeigt das, dass die Politik des Empowerments der letzten Jahrzehnte als erfolglos bilanziert wird. Diese Taktik hat in den letzten 20 Jahren Forderungen nach Quoten in Führungsetagen und mehr Bildungschancen ins Zentrum gerückt. Doch Thatcher, Merkel, Ederer, Mikl-Leitner & Co. haben gezeigt, dass Frauen in staatlichen und kapitalistischen Führungspositionen nichts anders machen.

Wenn heute von einem Feminismus der 99% gesprochen wird, dann drückt das den Anfang vom Ende dieses postmodernen Feminismus aus. Und das ist gut so, denn die wirklichen Erfolge der Frauenbewegung gab es stets, wenn sie nicht als Widerspruch, sondern als Teil von Massenbewegungen und Klassenkämpfen geführt wurden.

Es gab nie „die Frauenbewegung“, sondern stets unterschiedliche Strömungen, die auch Ausdruck der Klasseninteressen waren und sind, aus denen ihre Mitglieder und AktivistInnen kommen. Es waren die radikalen Methoden der sozialistischen bzw. kommunistischen ArbeiterInnenbewegung, die zentrale Forderungen auch der bürgerlichen Frauenbewegung umsetzen.

Sonja Grusch



Marx aktuell

„Es gibt einen besonderen Platz in der Hölle für Frauen, die einander nicht helfen.“ – so die Ex-US-Außenministerin Albright auf einer Wahlkampfkundgebung für Clinton. Sie meint: Frauen sollen Clinton wählen, denn die ist eine Frau. Gloria Steinem, auch Unterstützerin Clintons, beschwerte sich über junge Frauen, die stattdessen die linke Kampagne des alten Mannes Sanders unterstützten: „Wenn du jung bist, denkst du dir: Wo sind die Jungs? Die Jungs sind bei Bernie.“ Aus Protest marschierten junge Frauen auf Demos für Sanders mit Schildern: „Nicht wegen der Jungs hier“.

Diese Frauen fühlten sich den klassenkämpferischen Tönen der Sanders-Kampagne und den antikapitalistischen Ansichten ihrer Aktivisten näher als Millionärin Clinton und Kriegstreiberin Albright. Deren Feminismus passt zur Forderung der Grünen nach „mehr Che-

Feminismus und Klassenkampf

finnen“. Er bietet keine Antwort für brennende Probleme der meisten Frauen, wie Doppelbelastung in Arbeit und Familie, Lohnschere und Mangel an Kinderbetreuungsplätzen und Gesundheitseinrichtungen. Ihr Ruf nach Frauensolidarität bindet Frauen an die Interessen der KapitalistInnen. Sie jedoch fühlen sich keiner Frauensolidarität verpflichtet, wenn sie Löhne kürzen, Jobs streichen oder im Gesundheits- und Sozialbereich kürzen. Prokapitalistische Politik ist immer patriarchale Politik, egal von wem sie durchgeführt wird.

Die Klassengesellschaft basiert darauf, dass Frauen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmte Stellungen einnehmen – als „Hausfrau“ und „Krankenschwester“. „Wenn es stimmt, dass die Geschlechteridentität in der kapitalistischen Gesellschaft zur Trägerin bestimmter Arbeitsfunktionen wurde, dann sollte Gender nicht als rein kulturelle Angelegenheit betrachtet werden, sondern als spezifische Ausprägung von Klassenverhältnissen“ (Silvia Federici: Caliban und die Hexe, 2004) Darum sind die meisten Frauen keine Chefinnen und werden es nie werden – und müssen ihre Befreiung auch gegen ihre Chefinnen erkämpfen.

Doch viele Formen des Sexismus betreffen alle Frauen: von Schönheitsnormen bis zu sexualisierter Gewalt. Das hängt eng damit zusammen, wie die kapitalistische Gesellschaft funktioniert – dass Körper „verwertbar“ sein müssen und zu Objekten werden. Konsequent dagegen zu kämpfen bedeutet ebenfalls, den Kapitalismus und seine VerteidigerInnen zu bekämpfen. Dabei können wir uns nicht auf die Frauen der herrschenden Klasse verlassen, da sie mit den Interessen ihrer Klasse brechen müssten.

Deswegen verstehen MarxistInnen den Kampf um Frauenbefreiung als notwendigen Bestandteil des Klassenkampfes, den die ArbeiterInnenbewegung zu führen hat. Das bedeutet, jeden Kampf gegen Sexismus mit antikapitalistischen Forderungen zu verbinden – aber auch, innerhalb der ArbeiterInnenbewegung gegen Sexismus zu kämpfen anstatt Frauen zu sagen, sie sollten ihre Forderungen auf „später“ verschieben. Nur die Abschaffung jeglicher Klassengesellschaft hebt die ökonomische Basis des Patriarchats auf und ermöglicht eine Gesellschaft ohne Sexismus: „Emanzipation der Frau heißt die vollständige Veränderung ihrer sozialen Stellung von Grund aus, eine Revolution ihrer Rolle im Wirtschaftsleben.“ (Clara Zetkin: Für die Befreiung der Frau, 1889)

Sebastian Kugler



Der Kampf von Frauen, der zur Revolution führte

Die russische Oktoberrevolution im Jahre 1917 gilt auch heute noch als wichtigstes Beispiel einer gelungenen sozialistischen Revolution. Lenin nennt Umstände, die charakteristisch für eine revolutionäre Situation sind: Die Unmöglichkeit der Bourgeoisie, ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten und ihre Zerrissenheit über die notwendige Taktik, die

Bolschewiki, dass sowohl Männer als auch Frauen die Einheit der ArbeiterInnen- schaft bildeten und entwickelten Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Verbot von Zwangsehe, Schwangerschaftsurlaub, Recht auf Schwangerschaftsabbruch und Schutz vor Gewalt in der Ehe und Familie etc.

In der ArbeiterInnenbewegung gab es damals auch

kale Veränderungen für das Proletariat, aber v.a. auch für Arbeiterinnen und Bäuerinnen ein. Frauen waren erstmals per Gesetz gleichgestellt und erhielten dieselben Rechte wie Männer, die Ehe wurde zum Verwaltungsakt, Scheidungen leicht möglich.

Ohne die Bolschewiki als revolutionäre Partei wäre der Sieg der Russischen Revolution nicht möglich ge-

Schon immer haben Frauen für ihre Rechte gekämpft – und waren Teil von Protestbewegungen, Streiks und Revolutionen. Im spanischen BürgerInnenkrieg spielten gerade Frauen eine wichtige Rolle, sie beteiligten sich in den Milizen direkt an den Kämpfen gegen den Faschismus. In der Pariser Commune waren Frauen federführend beteiligt. Auch in Burkina Faso wurde ein gesellschaftlicher Umsturz durch das politische Bewusstsein von Frauen initiiert.

Durch Militärputsch kam 1987 Blaise Compaoré an die Macht und konnte sich 27 Jahre im Amt halten. Er baute die Errungenchaften der Revolution von 1983 gänzlich ab. Von 1983-87 hat das linke Regime unter Sankara mit sozialistischer Rhetorik Verbesserungen für die Massen, und v.a. für Frauen gebracht. Im Jahr 2014 erfasste eine Protestwelle das Land, ausgelöst durch Demonstrationen von tausenden Frauen, die seinen Rücktritt und ein Ende der Korruption forderten. Compaoré floh daraufhin aus dem Land.

Frauen werden von Bildung und vom gesellschaftlichen Leben eher ausgeschlossen, es wird daher oft behauptet, Frauen hätten ein niedrigeres

Bewusstsein. Doch Frauen sind aufgrund der Rolle, die ihnen in der Familie aufgedrängt wird, besonders sensibel für soziale Verschlechterungen. Die Folgen von Krieg und Krise betreffen sie sehr rasch und unmittelbar. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass Frauen die Demonstrationen am 8. März angeführt haben und dass die Forderung der Bolschewiki „Land, Frieden, Brot“ gerade auch bei Frauen viel Unterstützung fand.

Das zeigt auch, wie notwendig der gemeinsame Kampf von Frauen und Männern für Verbesserungen ist. Die Kämpfe von ArbeiterInnen für eine freie, sozialistische Gesellschaft und der Kampf von Frauen für ein Ende von Diskriminierung und Gewalt bedingen einander. Gerade auch Proteste, die von Frauen angeführt werden, zeigen wie sprunghaft sich Bewusstsein in Bewegungen entwickeln kann. Der Kampf um Frauenbefreiung stellt eine Notwendigkeit für den Sieg und das Gelingen der Revolution dar, denn wie auch schon Alexandra Kollontai gesagt hat: „Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau.“

Die Oktoberrevolution wäre ohne das Bewusstsein von Frauen, dass sich grundsätzlich etwas ändern muss, nicht möglich gewesen.

verschärfte Not des Proletariats und damit einhergehende verstärkte Aktivität der Massen sowie das Gefühl, dass es einfach nicht so weitergehen kann.

Bereits im Jahr 1914 waren rund ein Drittel des russischen Industrieproletariats Frauen, 1917 waren es schon 40 %. Viele hunderte Frauen waren schon vor der Revolution in der bolschewistischen Partei organisiert. Dies nicht nur, weil sie konsequent für das Proletariat Stellung bezog, sondern auch, weil die Partei (wenn auch nicht alle ihre Mitglieder) die Forderungen und Rolle der Frauen verstanden hatte. Zum Beispiel begriffen die

Stimmen, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollten, indem alle arbeitenden Frauen, deren Ehemänner ebenfalls arbeiteten, entlassen würden. Die Bolschewiki stellten sich quer. Sie gründeten eine Frauenorganisation mit eigener Zeitung namens Rabotznika (Die Arbeiterin), die auch zu Massendemonstrationen gegen Krieg, gegen die weiter anhaltende Preissteigerung und für Brot, aufrief. Damit sprach sie ganz bewusst Frauen an. Am 23. Februar 1917 (8. März nach unserem Kalender) löste ein Streik von Textilarbeiterinnen die Februarrevolution aus. Die Bewegung führte weiter zur Oktoberrevolution und läutete radi-

Keine Ehrenrunde mehr?

Die „Ehrenrunde“, oder anders: das Sitzenbleiben, ist ein seit Jahren heiß diskutiertes Thema in der Schule. Für SchülerInnen, die wiederholen müssen, hat diese Maßnahme erwiesenmaßen keinen positiven Effekt.

Die SPÖ forderte in den letzten Jahren öfters das Abschaffen des Sitzenbleibens: Die ehemalige Bildungsministerin Schmied wollte 2011 ein sogenanntes „Kurssystem“ - SchülerInnen, die in einem Fach nicht bestehen, müssen nur das Fach wiederholen. 2016 wollte Heinisch-Hosek nur noch das Sitzenbleiben in den ersten drei Klassen der Volksschule abschaffen. Wirklich ernst scheint es der SPÖ also nicht zu sein. Stattdessen droht, wie so oft, ein verstecktes Sparpaket.

Zunächst einmal: SchülerInnen eine Klasse wiederholen zu lassen, ist teuer. Schafft man dies ab, kann man einiges an Steuergeld für „wichtigere“ Dinge als Bildung verwenden, wie zum Beispiel für die Bankenrettung. Und ohne Begleitmaßnahmen braucht der Staat auch nichts weiterzahlen, um Jugendliche, welche stofflich nicht mehr mitkommen, zu unterstützen. Das heißt, dass das Nachlernen in den privaten Bereich ausgelagert wird. Und das wird teu-

Simon Salzmann

er. Zusätzlich müssen die SchülerInnen parallel auch neuen Stoff lernen – Überlastung garantiert. Das Resultat dieser Maßnahme wird sein, dass SchülerInnen, die aus ärmeren und „bildungsfreien“ Familien kommen, noch viel härter getroffen werden als zuvor.

Nun sollten wir nicht den Fehler machen und die konservativen Kräfte bei dieser Problematik unterstützen. Das Sitzenbleiben hat pädagogisch keinen Nutzen. Allerdings wird durch das alleinige Abschaffen das Problem einfach nur verschärft, wenn an den Ursachen nichts geändert wird. Es braucht Begleitmaßnahmen: zusätzliche LehrerInnen, welche die „schwachen“ SchülerInnen unterstützen. Und hier kann und muss man auch einen Schritt weitergehen: man muss einen realitätsnahen Unterricht schaffen. Die allgemeinen Ressourcen müssen aufgestockt und verbessert werden. Es braucht eine ausfinanzierte, gemeinsame Schule, die alle Aspekte des Lernens vereint. Das Schulsystem im Kapitalismus vertieft die sozialen Gräben. Wir wollen eines, wo wir Probleme wie Bildungsvererbung, Chancengleichheit und Perspektivenlosigkeit endlich begraben können.

Simon Salzmann



Jugendzentren bleiben!

Nach der bereits erfolgten Schließung des Jugendzentrums Kandlheim und der Schließung von

che sind die Jugendzentren enorm wichtig, weil sie eine der wenigen Freizeitmöglichkeiten ohne

hof, ihre Freizeit verbringen. Was v.a. die FPÖ wiederum als Vorwand nehmen wird für mehr polizeiliche Repression und Überwachung.

Es braucht eine Kampagne, gemeinsam mit den betroffenen Jugendlichen und ihren BetreuerInnen. Gemeinsam könnten wir Kundgebungen organisieren, Unterschriftenlisten sammeln und ein breites Umfeld mobilisieren. Um so Druck und Widerstand von unten gegen die blau-rote Stadtregierung aufzubauen. Denn noch ist es nicht zu spät – noch gibt es die Möglichkeit, die Schließung der Jugendzentren zu verhindern.

Lucia Pammer

Linz: Die unsoziale Kürzungs- politik von SPÖ und FPÖ macht vor Jugendzentren nicht halt.

drei Jugendzentren 2014, will die rot-blaue Stadtregierung nun weitere Kürzungsmaßnahmen durchziehen. Nun sollen weitere Einrichtungen geschlossen werden. 8.500 Jugendliche hat der Verein Jugend und Freizeit, welcher das „Riff am Spallerhof“ betreibt, im Jahr 2015 insgesamt betreut. Für viele Jugendli-

Konsumzwang und leistbar für die Jugendlichen sind.

Besonders migrantische Jugendliche werden die Schließungen hart treffen. Die Stadtregierung schafft damit eine Situation, in der Jugendliche, weil sie keine anderen Freizeitmöglichkeiten haben, an öffentlichen Plätzen, wie dem Bahn-

Sozial & freiwillig

Viele Jugendliche machen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). Sie gehen damit einen äußerst schlecht bezahlten Job ein. Sie werden eingesetzt in den Bereichen Krankenpflege, Rot-Kreuz oder in der Kinderbetreuung für ein Taschengeld von ca 2-400 Euro. Um zu überleben, muss man also den Großteil der Lebenshaltungskosten auf die Familie abwälzen. Gerade Jugendliche nutzen das FSJ zur Überbrückung von War-

tezeiten und auch mit dem Ziel, „etwas Nützliches“ zu tun. Dass das FSJ sehr genutzt wird zeigt, dass Menschen sehr wohl bereit sind, ohne Profitgier viel zu arbeiten. Der negative Nebeneffekt, den der Staat auch ausnützt ist allerdings, dass so die fehlenden Stellen gerade im Sozialbereich gefüllt werden und das Lohnniveau gedrückt wird, anstatt ausreichend ordentlich bezahlte Jobs zu schaffen!

Peter Hauer

Cleveres Kid des Monats



20.000 AbonentInnen und Hunderttausende Views, das schaffen nicht viele YoutuberInnen. Der 10-jährige US-Amerikaner Dylan „Sceneable“ schon – mit Videos über die Notwendigkeit des Sozialismus. Clever und simpel erklärt er, warum der Kapitalismus abgeschafft werden muss, und richtet sich auch gegen Stalinismus.



Sri Lanka: Droht ein neuer Bürgerkrieg?

2015 wurde Maithripala Sirisena Präsident von Sri Lanka. Er löste das korrupte chauvinistische Regime von Mahinda Rajapaksa ab. Sofort war die Regierung mit der wirtschaftlichen Krise konfrontiert und griff auf einen IWF-Kredit von 1,6 Mrd. Dollar zurück. Das Wachstum war 2016 mit 4% niedriger als erwartet und die Exporte stagnierten. Zusätzlich verlor die

nisteriums ermöglicht (außer aus disziplinären Gründen). Diese Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung konnte in einer Periode gewonnen werden, als die linken Kräfte in Sri Lanka stark waren.

Die menschliche Tragödie auch nach Beendigung des Bürgerkriegs war unbeschreiblich (bei dem TamilInnen um nationale Rechte kämpften, die Regierung

onale) und der KP verabschiedet. Diese Verfassung gab dem Buddhismus (und damit der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit, Anm.) die Vormachtstellung. Daher verlangten die TamilInnen Föderalismus und die Trennung von Religion und Staat. Der Artikel 13 der Verfassung, der dem Norden theoretisch Autonomierechte zugesteht, stammt aus 1987. Bis jetzt

Herausforderung konfrontiert: die rassistische Hetze Rajapaksas zu bekämpfen und den Kampf der ArbeiterInnenklasse sowie der unterdrückten Minderheiten gegen die neoliberalen kapitalistische Regierung zu stärken und ihm Richtung zu geben.

Maithripala hat die demokratischen Schritte, die er vor den Wahlen versprochen hatte, nicht umgesetzt. Stattdessen haben Militärpräsenz und Polizeirepression wieder die Oberhand gewonnen. Die Unterdrückung des Kampfes der HafenarbeiterInnen in Hambantota sowie der Kampf um den Hafenausbau sind eine Generalprobe für das, was auf uns zukommt. Die armen Bauern/Bäuerinnen der Region wehren sich gegen die Übergabe von 15.000 Hektar Land an China. Die Regierung hat ausländisches Kapital eingeladen als Allheilmittel gegen wirtschaftliche Probleme. Um ihre neoliberalen Sparpolitik abzusichern, setzt sie auf neue Repression gegen die ArbeiterInnenklasse und Armen.

Die aktuelle Regierung steht unter Druck – national und international –, die nationale Frage zumindest zu entschärfen. Das Ziel der Rajapaksa Clique ist es, bei einem solchen Referendum den singhalesisch-buddhistischen Kommunalismus neu zu entfachen. Das Land könnte in rassistischen Terror abgleiten, der jenen von 1987-89 übertrifft. MarxistInnen sind, wenn die Regierung ein solches Referendum durchführt, mit einer doppelten

Die Regierung setzt auf neoliberal Kürzungen und befeuert damit kommunistische Hetze.

Währung an Wert gegen den Dollar. 2015 lagen die Staatsschulden bei 8.500 Mrd. Dollar, Ende 2016 bei 9.400 Mrd..

Gleichzeitig wachsen Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit rasant. Die Lebenserhaltungskosten sind so stark gestiegen, dass die ArbeiterInnenklasse, die armen Bauern/Bäuerinnen sowie die unteren Mittelschichten nur schwer ein Auskommen finden. Der Plan des Premiers Ranil beinhaltet Neoliberalismus, beseitigt staatliche Schutzaufnahmen und öffnet die Tür für imperialistische Investitionen. Als ersten Schritt plant die Regierung, die Gewerkschaftsrechte einzuschränken. So soll ein Gesetz abgeschafft werden, das Kündigungen nur mit Billigung des Arbeitsmi-

Der Kampf der TamilInnen im Norden, Osten und dem zentralen Hochland für ihr Selbstbestimmungsrecht muss mit dem Kampf der ArbeiterInnen und Unterdrückten im Süden für höhere Lebensstandards und demokratische Rechte verbunden werden.

Die Regierung plant eine Verlängerung der Arbeitszeit und versucht Arbeitskämpfe per Gericht zu unterdrücken. Gegen diese Angriffe auf fundamentale Rechte der ArbeiterInnen braucht es einen gemeinsamen Kampf der verschiedenen Gewerkschaften. Seit der Niederlage des Generalstreiks von 1980 sind die Gewerkschaften in der Defensive. Es gibt Ansätze einer Vernetzung unter den Gewerkschaften. Aber das wird nicht reichen, um die Angriffe der herrschenden Klasse zurückzuschmettern. Es braucht eine organisierte Zusammenarbeit von Gewerkschaftsverbänden, eine Struktur wo man regelmäßig zusammenkommt, um demokratisch über Anliegen der ArbeiterInnenklasse entscheiden. Den Herausforderungen kann nur begegnet werden, wenn eine solche Dachorganisation die Kämpfe von ArbeiterInnen, BäuerInnen und SchülerInnen/Studierenden zusammenführt.

Siritunga Jayasuriya
www.lankasocialist.com

Deutscher Zwerg mit langem Schatten

Es ist umstritten, von wem das Zitat „Wenn die Sonne tief steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten“ stammt. Aber es passt auf die deutsche Wirtschaft.

In den letzten Jahren gab es paradiesische Bedingungen für Wirtschaftswachstum: die Zinsen sind auf einem historischen Tiefstand, was zu Investitionen (und zu größeren Anschaffungen von Privathaushalten) animiert; der Wechselkurs des Euro bleibt niedrig (was Exporte erleichtert). Die staatlichen Ausgaben zur Integration von Flüchtlingen wirken als Konjunkturprogramm; auch die verfügbaren Einkommen stiegen im Schnitt (wovon jedoch z.B. prekär Beschäftigte oder Menschen mit steigenden Mieten wenig merken). Tatsächlich haben sich alle diese Faktoren positiv auf die Konjunkturentwicklung ausgewirkt: private Konsumausgaben wuchsen 2016 preisbereinigt um 2%, Konsumausgaben des Staates um 4,2%. Bauinvestitionen um 3,1% und Exporte um 2,5%. Angesichts dessen ist eine Wachstumsrate von 1,9% eher mickrig (zum Vergleich: nach der Wirtschaftskrise 2009 war das BIP 2010 um 4,1% und 2011 um 3,7% gewachsen).

Wenn das Wachstum der deutschen Wirtschaft

Wolfram Klein

trotzdem im In- und Ausland bejubelt wird, ist das (neben Schönfärberei in einem Wahljahr) vor allem damit zu erklären, dass Deutschland andere Länder erfolgreich niederkonkurriert hat und jetzt im Vergleich zu ihnen besser dasteht. Exportüberschüsse (2016 252,9 Milliarden Euro) bedeuten Export von Arbeitslosigkeit und sind nicht unbegrenzt möglich. Wie schwach die Wirtschaft tatsächlich ist, zeigt die extrem niedrige Zunahme der privaten Ausrüstungsinvestitionen (um 0,9%).

Letzten September machte die Schieflage der Deutschen Bank Schlagzeilen, die durch Strafzahlungsforderungen der USA ausgelöst wurde. Das mag vom Tisch sein, auch Dank 130.000 \$ Wahlspenden an die Republikaner. Aber die strukturellen Probleme des Bankensektors, u.a. durch die extrem niedrigen Zinsen der EZB, bleiben. Nach einer Studie des IWF vom Oktober ist ein Drittel des europäischen Bankensektors „schwach“.

Wenn die Sonne des Kapitalismus tief steht, sollten wir nicht die langen Schatten von Zwergen abfeiern, sondern für den Sozialismus kämpfen.

Wolfram Klein



Massenproteste in Rumänien

Was hat die Proteste ausgelöst?

Auslöser war ein Gesetz, das die Strafen für Korruption drastisch gesenkt hätte. Viele haben auch aufgereggt,

Leider sind die meisten Aufrufe von VertreterInnen der rechten Opposition gekommen. Viele Linken kamen gar nicht oder behaupteten sogar, die Pro-

Was geschieht nun?

Das Hauptziel der Proteste ist erreicht, das Gesetz wurde zurückgenommen und der Justizminister musste zurücktreten.

Das zeigt, dass Widerstand funktionieren kann. Aber es gibt keine Klarheit, wie es weitergehen soll. Wir betonen die gemeinsamen Klasseninteressen, die die meisten Menschen in Rumänien ja haben: ordentliche Löhne, sichere Jobs, leistbare Wohnungen, freier Zugang zu ordentlichen Sozialleistungen, gegen Korruption etc. Auf dieser Basis rufen wir zum Aufbau einer demokratischen und sozialistischen Alternative auf, die genau für diese Dinge kämpft.

*Alexandru Vasile Sava von
Mâna de Lucru (CWI Rumänien)
zu den Massenprotesten
gegen die Regierung.*

dass die sozialdemokratische Regierung versucht, das Gesetz heimlich durchzubringen. Am Höhepunkt, am 5/6.2., waren landesweit ca. 600.000 auf der Straße, und das, obwohl es keine offiziellen OrganisatorInnen, sondern nur verschiedene Aufrufe über soziale Medien gab.

testen hätten einen rechten Charakter. Die DemonstrantInnen selber waren aber sehr unterschiedlich und es gab auch große Offenheit gegenüber linken Ideen – z.B. wurde die Intervention der rumänischen Gruppe des CWI überwiegend positiv aufgenommen.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Revolutionäre Linke vereint

„Warum tut ihr euch nicht zusammen“ werden Linke oft gefragt. Wo es Gemeinsamkeiten in Theorie und Praxis gibt, sollte das auch gemacht werden. Daher diskutieren das CWI (Committee for a workers International) und die marxistische Organisation Izquierda Revolucionaria (IR – in Spanien, Venezuela, Mexiko) auch seit Monaten über eine gemeinsame Zukunft. Insbesondere die CWI-Herangehensweise an Sanders, Corbyn

und die schottische Unabhängigkeitfrage hat die GenossInnen der IR, die früher bei der IMT waren (in Österreich: Der Funke) überzeugt. Ein solches Zusammengehen auf einer prinzipienfesten Basis von zwei der wichtigsten marxistischen Gruppen international kann eine wirkliche qualitative Veränderung bedeuten und wird ein Referenzpunkt für Revolutionäre international sein.

izquierda-revolucionaria.org/

Irländ: Jobstown not guilty!

In Irland droht Paul Murphy, Parlamentarier der Socialist Party (SP, CWI Irland) eine mehrjährige Haftstrafe sowie der Verlust seines Mandates. Der Grund: Beteiligung an einer Sitzblockade gegen das Auto der Vizekanzlerin. Der irische Staat rächt sich für die Niederlage durch eine Massenbewegung gegen unsociale Wassergebühren mit dem Angriff aufs Demonstrationsrecht. Die SP organisiert eine interna-

tionale Solidaritätskampagne. Bis jetzt bekannten schon der linke Intellektuelle Chomsky, der französische Präsidentschaftskandidat Mélenchon, die englische Trade Union and Socialist Coalition und viele andere ihre Solidarität. Auch in Österreich werden wir Solidarität organisieren, z.B. eine Kundgebung zum Start der Verhandlungen am 24. April. Mehr Infos zu Aktionen auf slp.at.

<http://socialistparty.ie/>

Jemen

Auch im Jemen gibt es Klassenkämpfe: und zwar Beschäftigte des französischen Ölkonzerns Total und der Sicherheitsfirma G4S. Sie kämpfen für die Auszahlung von seit einem Jahr ausstehenden Löhnen und für Gerechtigkeit für drei unter dubious Umständen ermordete KollegInnen. Mehrere Sektionen des CWI organisierten am 17.2. internationale Protestaktionen.

www.socialistworld.net



Trump, China und das Elend des Kapitalismus

So plump Trumps strategische Neuausrichtung (Putin gut, China böse) scheinen mag; sie folgt bereits seit längerem laufenden Entwicklungen. Zwar befindet man sich mit Putin in mehreren Konflikten. Doch Russland droht nicht, die USA als wirtschaftlich UND militärisch führende Weltmacht abzulösen. Chi-

nen automatisierten An- und Verkaufs-Mechanismus teilweise an den US-\$ gebunden. Trumps Andeutungen bezüglich „Manipulationen“ mögen ein Versuch sein, sich für künftige Verhandlungen über eine Aufwertung des Renminbi in eine bessere Position zu bringen. Die chinesische Führung hat in

sinken des Wertes dieser Schuldsscheine verhindern zu müssen. Während der US-Präsident wirr twittert, ist Xi Jinping der besonnene Staatsmann und führend in der Verteidigung der kapitalistischen Globalisierung. Doch so abgeklärt China derzeit noch agiert; im Falle einer Eskalation eines Handelskrieges wür-

tank Merics, steigen die ausländischen Direktinvestitionen Chinas in Europa derzeit exponentiell an. Die aktuelle Studie prognostiziert die Zeitenwende: „Die neue Ära chinesischen Kapitals hat begonnen. Und die erste Welle trifft Europa bereits mit voller Wucht.“ Angesichts der Unwägbarkeiten mit Trump verwun-

re Bedeutung haben werden. Geographisch würden sich Kämpfe um einige von China beanspruchte winzige Inseln im Südchinesischen Meer oder Taiwan abspielen. Taiwan wird von China als abtrünniger Teil betrachtet. Trump hat hingegen mit mehreren Äußerungen die Akzeptanz dessen in Frage gestellt (und kurz danach alles wieder zurückgenommen). In jedem Fall würde jedoch eine kriegerische Auseinandersetzung bzw. die Mobilmachung im Südchinesischen Meer selbst die Kräfte der stärksten Militärmacht ausreizen.

Zum wiederholten Male beweisen die sich anbahnenden Krisen, dass im Rahmen des Kapitalismus keine dauerhaft friedliche und nachhaltige Entwicklung möglich ist. Selbst wenn eine Seite die andere besiegen würde, wäre dies für die ArbeiterInnen-Klassen auf allen Seiten fatal. Dementsprechend sollte man seine Anstrengungen nicht darauf richten, ob und wie die sogenannte Staatengemeinschaft eine weltweite kapitalistische Kernschmelze überhaupt managen könnte, sondern wie die arbeitenden Massen diesen Teufelskreis von kapitalistischer Ausbeutung und nationalistischer Aufwiegelung durchbrechen können.

Franz Neuhold

Mehr Infos unter:
<http://chinaworker.info/en/>

Trumps angekündigter Protektionismus kann das Wirtschaftswachstum verlangsamen und zur Rezession führen.

na schon. In Teilbereichen ist dies bereits geschehen. Das US-Handelsdefizit gegenüber China beträgt 2016 satte 347 Milliarden US-\$. Trump hat die chinesische Produktion von Konsumgütern und Industriewaren als Grund für den Verfall der US-Industrie genannt. Wesentlich ist jedoch, dass im kapitalistischen Konkurrenzkampf, welcher immer auf Kosten der ArbeiterInnen auf beiden Seiten geht, Chinas Diktatur mit (noch) niedrigeren Löhnen und schlechterem Lebensstandard die Nase vorn hat. Der US-Kapitalismus eifert dem nach und verstärkt die sozialen Widersprüche in den USA. Der vorhandene Unmut wird von oben mittels Nationalismus und anti-chinesischem Rassismus fehlgeleitet.

Die chinesische Währung Renminbi ist über ei-

letzter Zeit bereits verhindert, dass er zu stark fällt, was seine bislang gewonnene internationale Bedeutung untergraben hätte. Peking hat damit auf einen zusätzlichen Schub für Exporte verzichtet. Doch die von Trump gewollte deutliche Aufwertung der chinesischen Währung wird Peking nicht zulassen.

Während Trump den Scharfmacher gibt, versteht das chinesische Regime die vielfältigen Verstrickungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der kapitalistischen Weltordnung besser. So hängt der Dollar maßgeblich von der Stabilität der chinesischen Wirtschaft ab. Nach der US-Notenbank matchen sich China und Japan als größte Gläubiger der USA. Der gigantische Berg an US-Staatsanleihen zwingt China andererseits, ein Ab-

den sich nach dem Motto „Auge um Auge“ Maßnahmen wie z.B. Strazfälle oder Importquoten auch gegen die US-Wirtschaft richten. Trump könnte mit seiner konfrontativen Politik einen Dominoeffekt bis tief in die globalen Finanzmärkte auslösen. Der vor einem großen Knall stehende Immobilien-Markt in den USA wird vermittels der Zinspolitik auch vom Volumen und Wert der chinesischen US-Anleihen beeinflusst. Ein Einbruch des ohnehin schon schwachen Wachstums der Weltwirtschaft (3,1% in 2016) könnte die Folge sein. Damit befände sich die uneingeschränkte Macht des US-Imperialismus endgültig in der Abwärtsspirale.

Europa steckt hier mit drin. Laut Mercator-Stiftung bzw. ihrem auf China spezialisierten think-

dert es auch nicht, dass das Institut im Interesse des EU-Kapitals den „Abschluss eines robusten bilateralen Investitionsabkommens“ fordert. Da wird Trump wohl wütend werden.

Größere militärische Konflikte zwischen USA und China bis hin zum offenen Krieg sind gegenwärtig (noch) unwahrscheinlich. Durchaus denkbar sind jedenfalls Stellvertretungs-Kriege in anderen Teilen der Welt, wo sich US-gestützte sowie chinesische Truppen gegenüberstehen. Auch darf die Dynamik der Aufrüstung in der Region nicht übersehen werden. Sechs der zehn wichtigsten Waffen-Importländer befinden sich im Umfeld Chinas. Die USA bereiten einen Ausbau der Kriegsschiff-Kapazitäten vor, welche besonde-

Achtung: Demokratie-Abbau

Der Cobra-Einsatz gegen Umwelt-AktivistInnen in Graz ist nur ein Skandal von vielen.

PolitikerInnen und UnternehmerInnen reden von einer ausufernden „Demo-Kultur“, die der Wirtschaft – v.a. bei Innenstadtgeschäften – schaden würden. Demokratische Rechte sollen also hinter Wirtschaftsinteressen zurückstecken. Tatsächlich steckt dahinter auch die Angst des Establishments vor Protesten. So machte Innenminister Sobotka den Vorstoß, das Demonstrationsrecht einzuschränken. Dabei geht es darum, Protesten

die Sichtbarkeit zu nehmen und Aktivismus gegebenenfalls auch strafbar zu machen. Auf viel Widerstand stößt der „wilde Hund“ dabei im Parlament nicht. Hat doch die SPÖ seine Law- & Order-Politik in das neue Regierungsprogramm mitaufgenommen.

Eigentlich geht es den Herrschenden nämlich darum, soziale Proteste (z.B. gegen die Einsparungen im Sozialbereich oder die Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte)

zu erschweren. Denn was jetzt gegen Antifa- und Flüchtlingsdemos gerichtet ist, wird später auch auf Gewerkschaftsaktionen oder AktivistInnen von sozialen Initiativen angewandt werden. Doch die rassistische Hetze in den Medien und die „Sorgen der Reichen“ werden bald von den Bewegungen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung dieses Systems übertönt werden – mit oder ohne „Bewilligung“.

Jan Millonig



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,
- kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.